



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Brüssel, den 10.6.2015  
C(2015) 3822 final

**BESCHLUSS DER KOMMISSION**

**vom 10.6.2015**

**über eine Einzelmaßnahme für Burkina Faso zulasten des 11. Europäischen  
Entwicklungsfonds**

## BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 10.6.2015

### über eine Einzelmaßnahme für Burkina Faso zulasten des 11. Europäischen Entwicklungsfonds

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/322 des Rates vom 2. März 2015 über die Durchführung des 11. Europäischen Entwicklungsfonds<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 1,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/323 vom 2. März 2015 über die Finanzregelung für den 11. Europäischen Entwicklungsfonds<sup>2</sup>, insbesondere auf Artikel 26,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Kommission hat das Jahresrichtprogramm für Burkina Faso<sup>3</sup> für den Zeitraum 2014-2020<sup>4</sup> angenommen, in dem unter Punkt 1.2. die folgenden Prioritäten genannt werden: Governance, Gesundheitswesen, Ernährungssicherheit und Sicherung der Nährstoffversorgung, nachhaltige Landwirtschaft und Wasser.
- (2) Mit der im Rahmen des 11. EEF<sup>5</sup> zu finanzierenden Maßnahme werden folgende Ziele verfolgt: Unterstützung des politischen Übergangsprozesses in Burkina Faso, Beitrag zur Stabilisierung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lage, Beitrag zu einem ordnungsgemäßen Ablauf des Wahlprozesses, Konsolidierung des Rechtsstaats und der Governance sowie Erweiterung des haushaltspolitischen Handlungsspielraums der Regierung in den Jahren 2015 und 2016. Das Programm wird es ermöglichen, mit der Regierung einen verstärkten Dialog über die nationale Entwicklungspolitik, den makroökonomischen Rahmen und die öffentlichen Finanzen zu führen.
- (3) Ein Volksaufstand, der eine von dem damaligen Präsidenten angestrebte Verfassungsänderung verhindern sollte, führte zur Auflösung von Regierung und Parlament und zur Abdankung des Präsidenten von Burkina Faso am 31. Oktober 2014. Innerhalb von zwei Wochen einigten sich alle beteiligten Seiten auf die Ernennung einer Übergangsregierung, die bis zur offiziellen Präsidentschaftswahl und zur Wahl eines neuen Parlaments die Staatsgeschäfte führen soll. Der erste Wahlgang der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen soll am 11. Oktober 2015 stattfinden und für den 31. Januar 2016 sind Kommunalwahlen angesetzt.

---

<sup>1</sup> ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 1.

<sup>2</sup> ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 17.

<sup>3</sup> Beschluss C(2014)3497.

<sup>4</sup> Beschluss C(2014)3497.

<sup>5</sup> Internes Abkommen zwischen den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 vorgesehenen Hilfe der Europäischen Union im Rahmen des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens und über die Bereitstellung von finanzieller Hilfe für die überseeischen Länder und Gebiete, auf die der vierte Teil des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Anwendung findet, ABl. L 210 vom 6.8.2013, S. 1.

- (4) Burkina Faso befindet sich in einer fragilen politischen Lage: das Land verfügt für einen begrenzten Zeitraum über Übergangsinstitutionen (Exekutive und Legislative), deren Mandat in der „Übergangscharta“ festgelegt ist, die Vorrang vor der Verfassung von 1991 hat.
- (5) Neben der politischen Fragilität hat die Übergangsregierung mit weiteren Schwierigkeiten zu kämpfen, zu denen in erster Linie ein starker Rückgang der Einnahmen des Landes zählt, der auf interne Schocks (soziale und politische Lage) sowie externe Schocks (Rohstoffpreise, Wechselkurs, Ebola-Epidemie) zurückzuführen ist. Daher ist es wichtig, der Regierung die nötigen Mittel an die Hand zu geben, um durch die Organisation von Wahlen den Übergangszeitraum zu beenden, um grundlegende soziale Dienstleistungen aufrechtzuerhalten und den sozialen Forderungen der Bevölkerung gerecht zu werden und gleichzeitig die makroökonomische Stabilität zu wahren.
- (6) Es muss ein Finanzierungsbeschluss gemäß den Bestimmungen des Artikels 94 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission<sup>6</sup> erlassen werden, der gemäß Artikel 26 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung findet.
- (7) Die Zahlung etwaiger Verzugszinsen muss auf der Grundlage des Artikels 92 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 und des Artikels 111 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 gestattet werden, die aufgrund von Artikel 29 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung finden.
- (8) Die in diesem Beschluss vorgesehene Maßnahme steht im Einklang mit der Stellungnahme des Ausschusses für den Europäischen Entwicklungsfonds, der eingesetzt wurde nach Artikel 8 des Internen Abkommens zwischen den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 vorgesehenen Hilfe der Europäischen Union im Rahmen des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens und über die Bereitstellung von finanzieller Hilfe für die überseeischen Länder und Gebiete, auf die der vierte Teil des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Anwendung findet<sup>7</sup> –

BESCHLIESST:

#### *Artikel 1*

#### **Annahme der Maßnahme**

Der Beschluss über die im Anhang beschriebene Einzelmaßnahme für Burkina Faso zulasten des 11. Europäischen Entwicklungsfonds wird genehmigt.

Diese Maßnahme umfasst Folgendes:

- Anhang: Programm zur Unterstützung des Übergangs in Burkina Faso (PATBF)

#### *Artikel 2*

#### **Finanzieller Beitrag**

---

<sup>6</sup> Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1).

<sup>7</sup> ABl. L 210 vom 6.8.2013, S. 1.

Der mit diesem Beschluss genehmigte Beitrag der Europäischen Union zur Durchführung der in Artikel 1 genannten Maßnahme beläuft sich auf höchstens 120 000 000 EUR zulasten des Finanzrahmens A des 11. EEF.

Die in Absatz 1 genannten Mittel können auch Verzugszinsen abdecken.

### *Artikel 3*

#### **Durchführungsmodalitäten**

Im Abschnitt „Durchführung“ des Anhangs zu diesem Beschluss sind die Elemente aufgeführt, die nach Artikel 94 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 erforderlich sind.

### *Artikel 4*

#### **Nicht substanzielle Änderungen**

Mittelerhöhungen oder Mittelsenkungen von bis zu 10 000 000 EUR, die 20 % des in Artikel 2 genannten Beitrags nicht übersteigen, oder kumulierte Änderungen der Mittelzuweisungen für die einzelnen Maßnahmen, die insgesamt 20 % dieses Beitrags nicht übersteigen, sowie Verlängerungen der Durchführungsfrist gelten im Sinne des Artikels 94 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1268/2012 als nicht substanziell, wenn sie die Art und die Ziele der Maßnahmen nicht wesentlich beeinflussen.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann diese nicht substanziellen Änderungen im Einklang mit den Grundsätzen einer wirtschaftlichen Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit annehmen.

Geschehen zu Brüssel am 10.6.2015

*Für die Kommission  
Neven Mimica  
Mitglied der Kommission*